

politisch aktive Personen, die in ihrem Urlaub gut vorinformiert an neuen Eindrücken, Begegnungen mit Einheimischen und Bildungsaspekten ebenso interessiert wie sensibel für Umweltprobleme sind, seien unter ihnen stärker vertreten als etwa unter Europa- oder Inland-Reisenden. Dabei ist jedoch bei den in Dritte-Welt-Nahziele Reisenden diese Charakteristik weniger stark ausgeprägt.

Immerhin sind 38 Prozent der westdeutschen Dritte-Welt-Reisenden (836 000 Personen) und 37 Prozent des „Dritte-

Welt-Reise-Potentials“ (2,9 Millionen) bereit, sich vor und während der Reise über die Lebensdingungen der Einheimischen und die Entwicklungsprobleme des Reiselandes zu informieren, sich während des Aufenthaltes um eigenständige Erfahrungen und Kontakte zu Einheimischen zu bemühen und auch kleine, landestypische Hotels zu nutzen. Optimistisch aber stimmt vor allem der Trend: Das Ansprechpotential für solche Aspekte des Reiseverhaltens habe sich, so die Studie, unter den westdeutschen Dritte-Welt-Reisenden versech-

facht, im Dritte-Welt-Reise-Potential verdoppelt.

Vor diesem Hintergrund kommen die Autoren zu dem Schluß: Das mit der vorliegenden Studie nachgewiesene Ansprechpotential für Aspekte, die zu Verbesserungen im Dritte-Welt-Tourismus beitragen können, solle sowohl für die Zielländer als auch für die Reiseveranstalter und andere touristische Leistungsträger eine Herausforderung sein, Angebote zu schaffen, die den untersuchten Aspekten entsprechen.

A. F.

Der Wechsel war vorauszusehen

Polen nach den Parlamentswahlen

Bei den polnischen Parlamentswahlen im September wurde die Nachfolgepartei der früheren Kommunisten zur stärksten politischen Kraft. Zusammen mit der ebenfalls dem alten System entstammenden Bauernpartei stellt die „Demokratische Linksallianz“ die neue Regierung. Der Wechsel kam angesichts der Härten, die der forcierte Übergang zur Marktwirtschaft für viele Polen mit sich bringt, nicht überraschend. Der bisherige Reformkurs dürfte aber auch unter der neuen Regierung grundsätzlich weitergehen.

Politik in Polen ist immer wieder für vermeintliche Überraschungen gut. Jüngstes Beispiel war der Urnengang am 19. September 1993. Bevor das Wahlergebnis bewertet wird, sei kurz auf innenpolitische Entwicklungen der vergangenen Monate zurückgeblickt, die das Szenario nach den Wahlen verständlicher machen können.

Im Juli 1992 war die Posener Juristin *Hanna Suchocka* von Präsident *Lech Wałęsa* als fünfte Regierungschefin seit dem demokratischen Systemwechsel 1989 mit der Bildung einer Koalitionsregierung betraut worden. Die „große“ Koalition mehrerer „Solidarność“-Nachfolgeparteien (von der linken Mitte bis zur gemäßigten Rechten) verfügte von Anfang an über keine parlamentarische Mehrheit.

Im Januar 1993 verabschiedete – unter dem Einfluß der katholischen Kirche und durchgesetzt von dem christlich-nationalen Koalitionspartner – das Parlament ein Abtreibungsgesetz, das die Gesellschaft polarisierte und den Zusammenhalt der Koalition stark strapazierte (vgl. HK, April 1993, 179 ff.). Der Haushalt konnte im Februar 1993 ebenso wie im April das „Allgemeine Privatisierungsprogramm“ nur mit Hilfe der oppositionellen postkommunistischen „Demokratischen Linksallianz“ (SLD) durch das Parlament (Sejm) gebracht werden. Streikwellen im Schul- und Gesundheitswesen, im Bergbau und in anderen Industriebranchen sowie Protest-

maßnahmen der Bauern im Frühjahr 1993 machten auf die sozialen Folgen der makroökonomisch erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik (Arbeitslosenquote: 15,7 Prozent), auf die Verunsicherung großer Berufsgruppen sowie auf das nachlassende Vertrauen in die Regierung (und in die demokratischen Institutionen schlechthin) aufmerksam.

Schließlich scheiterte Suchocka, wie ihre Vorgänger, an dem parteipolitisch fragmentierten Sejm und an der Heterogenität der Koalition. Mit einer Stimme Mehrheit wurde Ende Mai 1993 der Mißtrauensantrag der nicht an der Regierung beteiligten „Solidarność“-Gewerkschaftsfraktion angenommen. Präsident Wałęsa löste daraufhin das Parlament auf und schrieb Neuwahlen für Sejm und Senat am 19. September 1993 aus.

Er machte – die Parteiverdrossenheit der Bürger im Auge – einen taktischen Winkelzug, indem er einen „Parteilosen Block zur Unterstützung der Reformen“ (BBWR) ins Leben rief. Mit dieser kurzfristig zusammengewürfelten Konstellation gab er vor, das Reformlager um die Demokratische Union (Suchocka, Mazowiecki u. a.) und die Liberalen (Ex-Premier Bielecki u. a.) stärken zu wollen. Vor allem ging es ihm aber offensichtlich um einen größeren Einfluß des Präsidenten auf das Parlament und die Regierung nach den Wahlen.

Vor wenigen Monaten noch wurde die internationale Öffentlichkeit durch die Massenmedien, wenn diese sich überhaupt

einem polnischen Thema widmeten, vornehmlich mit Nachrichten und Spekulationen über den Einfluß der katholischen Kirche auf die polnische Innenpolitik, den Sieg des „Chomeinismus“ nach dem Ende des Kommunismus konfrontiert. Vorgänge wie die Einführung des Religionsunterrichts an den Schulen, die Präsenz des Klerus in der Öffentlichkeit, vor allem aber die im Januar 1993 eingeführte Gesetzgebung zur Familienplanung und Abtreibung sollten belegen, daß Polen auf dem Marsch in den „ciemnogród“ (Hinterwald) sei.

Die Wahlüberraschung, die keine war

Die Kassandras, die vor dem Weltanschauungsstaat warnten, sind verstummt. Plötzlich, kaum waren die Wahllokale am 19. September geschlossen und die ersten Wahlergebnisse bekannt, hieß es dann: Die Kommunisten sind zurück.

Was ist am 19. September geschehen? Sind die Polen so wankelmütig und verwirrt, daß sie einen schwarzen Teufel mit einem roten Beelzebub austreiben wollen? Oder liegt die Erklärung für das, was in Polen geschehen ist, auf einer anderen

Wahlen zum Sejm am 27. Oktober 1991 und am 19. September 1993

Parlamentsfraktionen	Oktober 1991		Sept. 1993	
	%	Sitze	%	Sitze
UD (Demokratische Union)	12,31	62	10,59	74
SLD (Demokratische Linksallianz)	11,98	60	20,41	171
WAK (Kath. Wahlaktion/KKW „Ojczyzna“)	8,73	49	6,37	–
PSL (Polnische Bauernpartei)	8,67	48	15,40	132
KPN (Konföderation Unabhängiges Polen)	7,50	46	5,77	22
PC (Zentrumsallianz)	8,71	44	4,42	–
KLD (Liberaldemokratischer Kongreß)	7,48	37	3,99	–
PSL-PL (Bauernallianz = „S“-Bauern)	5,46	28	2,37	–
NSZZ „Solidarność“	5,05	27	4,90	–
PPPP (Polnische Partei der Biertrinker)	3,27	16	0,10	–
MN (Deutsche Minderheit)	1,70	7	0,70	4
ChD (Christdemokratie)	2,36	5	–	–
PChO (Partei der Christdemokraten)	1,11	4	–	–
PZZ (Polnischer Westbund)	0,23	4	–	–
SP (Solidarität der Arbeit)	2,05	4	–	–
Partei X	0,47	3	2,74	–
UPR (Union der Realpolitik)	2,25	3	3,18	–
RAS (Demokratische Autonomiebewegung)	0,35	2	0,19	–
SO (Demokratische Partei)	–	1	–	–
Wahlkomitee der Orthodox-Gläubigen	–	1	–	–
Bund Wielkopolska und Region Lubusk	–	1	–	–
Wahlallianz der Bauern „Piast“	–	1	–	–
Bund der Region Podhale	–	1	–	–
Liste für die Bauerneinheit von Bydgoszcz	–	1	–	–
Partei für Wielkopolska	–	1	–	–
Koalition von Krakow	–	1	–	–
Solidarität mit dem Präsidenten	–	1	–	–
Allianz der Frauen gegen Armut	–	1	–	–
RDS (Demokratisch-Soziale Bewegung)	–	1	–	–
UP (Arbeitsunion = SP + RDS)	–	1	7,28	41
BBWR (Parteiloser Block z. Unterstütz. d. Ref.)	–	–	5,41	16
Samoobrona	–	–	2,78	–
KdR (Koalition für die Republik)	–	–	2,70	–

Ebene als der griffigen und monistischen Boulevardpresseerklärung auf Seite 1? War vor den Wahlen etwa die Furcht vor der Klerikalisierung nur ein Popanz? Gab es nach den Wahlen vielleicht gar keine Rückkehr zu altbekannten und längst – 1989 – abgewählten Mustern?

Wenn man auf die neuen Mehrheitsverhältnisse im Sejm blickt und sie mit dem Wahlergebnis vom Oktober 1991 vergleicht (vgl. HK, Dezember 1991, 553 ff.), könnte man allerdings von einem arithmetischen Erdbeben und einer Umkehrung der Verhältnisse sprechen. Es sei noch hinzugefügt, daß die Wahlbeteiligung mit 52 Prozent um fast 10 Prozent höher lag als bei den Parlamentswahlen 1991 (43 Prozent)

Der große Sieger der Wahlen heißt ohne Zweifel SLD. In dem linken Bündnis haben sich inzwischen 28 Gruppierungen zusammengetan, die von orthodoxen Kommunisten bis zu liberalen Sozialdemokraten reichen. Die dominierende Kraft stellt hier die „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (SdRP) dar, die Nachfolgepartei (PZPR). Was die linken Gruppierungen bis heute zusammengehalten hat, ist die „Kinderstube“, die Herkunft aus dem alten System. Programmatisch verbindet die Extreme kaum etwas.

Mit Mut zum Vergleich ließe sich die Situation der SLD heute mit dem „Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa“ vergleichen, der siegreichen Wahlkampfmaschine der „Solidarność“ von 1989, aus der der „Parlamentarische Bürgerklub“ (OKP) hervorging. Dieser spaltete sich nach der politischen Wende in Parteien und Interessengruppen auf, die den politischen und weltanschaulichen Vorstellungen entsprachen, aus denen das heterogene antikommunistische „Solidarność“-Bündnis im Widerstand gegen das ancien régime bis zum Sieg seine Kraft geschöpft hatte. Wie wenig eine gemeinsame „Kinderstube“ über politischen Umgang miteinander in der Enge der politischen Arena aussagt, demonstrierten die Nachfolgeparteien des „Solidarność“-Lagers bis heute vor allem im patriotisch-nationalen Spektrum rechts von der „Demokratischen Union“ (UD) und den Liberalen (KLD) mit einer masochistischen Lust an der Selbstmarginalisierung. Sie sind im neuen Sejm nicht mehr vertreten.

Als zweiter Sieger und neuer Koalitionspartner der SLD ging die „Polnische Bauernpartei“ (PSL) aus den Parlamentswahlen hervor. Die gewendete ehemalige Blockpartei versteht sich als die Interessenvertretung der bäuerlichen Bevölkerung, womit sie eine Klientel zu bedienen sucht, die noch weit über 30 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Der radikale Lobbyismus im Sinne von Wahrung der bestehenden – aber doch nicht überlebensfähigen – Strukturen brachte die PSL in den Ruf, „die“ Klassenpartei im politischen Spektrum zu sein. Hinter ihre politische Berechenbarkeit und Koalitions- bzw. Kompromißfähigkeit wurden deshalb Fragezeichen gesetzt.

Als dritter Überraschungssieger kam aus den Wahlen die „Arbeitsunion“ (UP) hervor, die eine Koalition aus sozialdemokratischen Abspaltungen der PZPR und einem demokratisch-sozialistischen Flügel der „Solidarność“ darstellt. Die UP wurde wegen ihres Wirtschafts- und Sozialprogramms als

kathedersozialistisch bezeichnet. In der Außen- und Sicherheitspolitik ist sie eindeutig prowestlich orientiert, d. h., sie befürwortet einen raschen EG- und NATO-Beitritt Polens. Aber nicht diese außenpolitische Zielvorgabe, die von der UP als politische Morgengabe in die Koalitionsverhandlungen eingebracht und von SLD und PSL nach dem „Absprung“ der UP in der Koalitionsvereinbarung vom 14. Oktober belassen wurde, verhinderte den Eintritt in die Regierungskoalition, auch nicht die ablehnende Haltung zum „Allgemeinen Privatisierungsprogramm“ (PPP), das mit Hilfe der SLD im Frühjahr von der Suchocka-Regierung aufgelegt worden war und das die SLD fortführen will. Die Ablehnung von politisch kompromittierten SLD-Politikern der alten Garde, das Mißtrauen des alten „Solidarność“-Aktivisten und UP-Vorsitzenden *Ryszard Bugaj* gegen die KP-Nachfolgepartei und sein womöglich grundsätzlich besseres Wohlbefinden in der Opposition entschieden für die Kompromißlösung, nicht offiziell in die Regierung einzutreten, aber bereit zu sein, den Industrieminister (*Marek Pol*) und den Vizeminister für europäische Integration (*Wojciech Lamentowicz*) zu stellen sowie die Regierung fallweise im Parlament zu stützen.

Auf diese Hilfe ist die neue Koalition aber rein arithmetisch kaum angewiesen, verfügt sie doch im Sejm über eine satte Mehrheit von knapp Zwei Drittel der Sitze (303 von

460). Es ist dem im Mai 1993 verabschiedeten Wahlrecht (d'Hondt'sches Verfahren, Fünf- bzw. Achtprozenthürde) zu verdanken, daß diesem Übergewicht an Parlamentssitzen ein Stimmenanteil von „nur“ 35,8 Prozent entspricht und daß die Wahlniederlage der bisherigen Regierungskoalition sowie der katholischen und nationalen Oppositionsparteien und der Gewerkschaft „Solidarność“ parlamentsarithmetisch weitaus katastrophaler ausfiel als auf dem Wahlzettel. Immerhin fast Zwei Drittel der Wähler hatten nicht für die neue Regierungsparteien gestimmt. Gegen eine leichtfertige Relativierung der politischen Niederlage der „Solidarność“-Nachfolgepartei von der Mitte bis zu den Nationalen spricht aber der ebenfalls überwältigende Wahlsieg von SLD und PSL bei den Wahlen zum Senat, der nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wurde. Hier errangen SLD 37 und PSL 36 von 100 Sitzen.

Die beabsichtigte *disziplinierende Wirkung des Wahlrechts* wurde zwar erzielt. Statt 29 Parteien und Gruppen sind jetzt nur noch sechs Parteien (SLD, PSL, UD, UP, KPN, BBWR) und vier Abgeordnete der deutschen Minderheit im Sejm vertreten. Aber die demokratischen Mitte-Rechts-Parteien aus der „Solidarność“-Tradition sind wegen ihrer Zersplitterung überhaupt nicht mehr im Parlament repräsentiert, obwohl sie insgesamt einen Stimmenanteil von über 20 Prozent auf sich vereinigen konnten (ohne Liberale). Der von Wałęsa initiiert-

Hintergrundgespräche



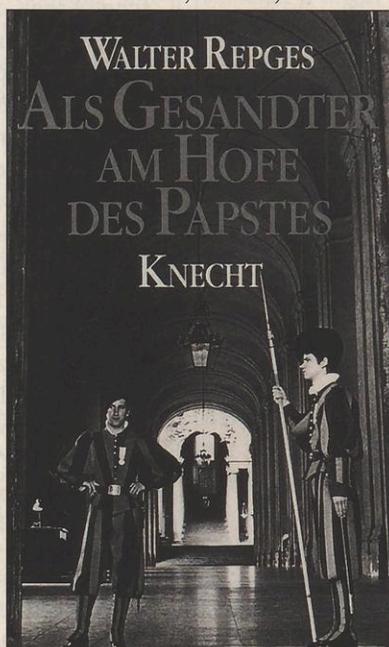
KNECHT

Neu '93
Geschenkband, DM 28,-

Der Leser genießt zuerst den essayistisch blendenden Schreibstil des Autors, mit ihm fasziniert vom Glanz der Ewigen Stadt. Was Repges sagt, ist Hintergrundinformation aus erster Hand. Kirchenkritisches, natürlich diplomatisch formuliert, steht zwischen den Zeilen.

Sehen Sie mal rein
in diese Bücher
- bei Ihrem Buchhändler

Verlag Josef Knecht
Liebfrauenberg 37
60315 Frankfurt am Main



(ISBN 3-7820-0670-4)

(ISBN 3-7820-0582-1)

te Block (BBWR) blieb politisch unbedeutend und schwächte, wie von vielen befürchtet, das Post-„Solidarność“-Lager zusätzlich, indem er von der UD Stimmen abzog und den Einzug der profilierten Wirtschaftsliberalen (KLD) um den Ex-Premier Bielecki ins Parlament verhinderte, ohne Stimmen aus dem Lager links von der UD an sich zu binden. Die langfristigen Folgen für die politische Rolle des Präsidenten im politischen Kräftespiel sind noch gar nicht abzusehen.

Die Niederlage der Solidarność-Nachfolgeparteien

Die UD ist als nunmehr größte Oppositionspartei die große Verliererin der Wahlen. Sie trug über vier Jahre lang die Hauptverantwortung für die Politik. Sie wurde von vielen als der Inbegriff der neuen demokratischen Elite angesehen, wobei das Renommee der zahlreichen politischen Köpfe über die politische Heterogenität und programmatische Unbestimmtheit dieser Partei hinwegtäuschen konnte.

Die Union wurde zu einem Opfer ihres elitären Politikverständnisses, vor allem aber ihres Erfolgs bei der Transformation der Wirtschaftsordnung in eine Marktwirtschaft. Polen wird in diesem Jahr das einzige europäische Land mit einem realen Wirtschaftswachstum (ca. vier Prozent) und mit einer beachtlichen Produktivitätssteigerung (ca. acht Prozent) gewesen sein. Das Warenangebot in Polen hat den EG-europäischen Standard erreicht. Das ist das eigentliche „Wirtschaftswunder“. Die sozialen und finanziellen Kosten der makroökonomisch gelungenen „Schocktherapie“ für die Privathaushalte sind jedoch enorm. Die Arbeitslosenrate liegt hoch (15,7 Prozent). Eine konsistente Agrarpolitik ließen die Regierungen seit 1989 vermissen. Dafür sind die Union und der kleinere „Liberaldemokratische Kongreß“ vom Wähler abgestraft worden.

Nicht mehr im Parlament vertreten sind auch die kleineren sich befehdenden Parteien im christlich-demokratischen und katholisch-nationalen Spektrum (PC, KKW „Ojczyzna“ mit ZChN, KdR, PSL-PL) sowie die früher schon politisch marginalisierte „Solidarność“-Gewerkschaft, deren Parlamentsvertretung immerhin den Stein des Wechsels ins Rollen gebracht hatte, indem sie das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Suchocka einbrachte.

Setzt man voraus, daß SLD als Regierungspartei eine die politische Kontinuität der Nach-89er-Entwicklung garantierende Formation wird und die PSL eine im wahrsten Sinne des Wortes konservative Interessenpartei darstellt, dann ist eines der bemerkenswerten Ergebnisse der Parlamentswahl die völlige Absage des polnischen Wählers an die extremistischen und radikalen Parteien. Die irrlichternde Partei „X“ des Stanisław Tymiński erreichte gerade 2,74 Prozent der Stimmen und die anarchistische Bauernselbstorganisation „Samoobrona“ 2,78 Prozent. Auch die nationalistische und sozialpopulistische „Konföderation Unabhängiges Polen“ (KPN) verlor gegenüber den vorletzten Wahlen und kam nur auf 5,77 Prozent.

Mit der Niederlage der „Solidarność“-Nachfolgeparteien und der Bildung einer Koalition aus Parteien mit Wurzeln im ancien régime ist in Polen sicherlich *eine Ära zu Ende gegangen*, die nicht nur mit dem mythischen „Solidarność“-Symbol verbunden war. Einer neuen politischen Ethik, die aus dem politischen Widerstand gegen den Totalitarismus und dem Aufbau einer demokratischen Gegengesellschaft erwuchs, sollte nach 1989 zum Durchbruch verholfen werden, eine „bessere Gesellschaft“ entstehen. Dazu kam ein umfangreiches Regierungsprogramm des Systemwechsels an Haupt und Gliedern. Mit ihrer politischen Ethik war die demokratische Bewegung bereits 1990 mit dem Beginn des „Kriegs an der Spitze“ gescheitert. Mit ihrem Transformationsprogramm stießen die Regierungen von Mazowiecki bis Suchocka sowohl wegen der Konsequenz bei der Durchführung (Wirtschafts- und Finanzpolitik) als auch wegen Inkonsistenzen, Inkompetenzen und Korruption auf das zunehmende Unverständnis in der Bevölkerung.

Bei der Bewertung des Wahlergebnisses vom 19. September sollte eines nicht übersehen werden. Der proeuropäisch-liberale und marktwirtschaftlich orientierte Flügel des Post-„Solidarność“-Lagers hatte seine Niederlage bereits im Oktober 1991 erlitten und konnte nach dem konservativen Intermezzo der Olszewski-Regierung (Januar bis Juni 1992) erst unter dem massiven Druck von Präsident Wałęsa nochmals (durch eine Koalition mit den Christlich-Nationalen) an die Schaltstellen der Macht gehievt werden. Zur Durchsetzung eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Vorhaben, des „Allgemeinen Privatisierungsprogramms“, waren die Marktwirtschaftler in der Regierung auf die Postkommunisten angewiesen. Dieser Vorgang sagte mindestens zweierlei aus: 1. daß das Bündnis mit den „Antieuropäern“ und Christlich-Nationalen zu überstrapaziert war, um längere Zeit zu funktionieren, und 2. daß die „demokratische Linke“ sich als demokratische, vernünftige und marktwirtschaftlich orientierte Alternative zu der im übrigen fragmentierten „Rechten“ anbot.

Wenn nach dem 19. September von einer Zäsur gesprochen wird, dann sollte noch ein weiteres mitbedacht werden. Es war Lech Wałęsa selbst, der im Juni 1992 mit der Ernennung des Bauernpolitikers *Waldemar Pawlak* die bisher Regierenden vor vollendete Tatsachen hatte stellen wollen. Wałęsa war damals daran interessiert, seine Vorstellung von einem politischen Präsidenten durch die Nominierung des für schwach gehaltenen Pawlak als Premier von Wałęsas Gnaden durchzusetzen. Dieser Schachzug bezweckte die Teilentmachtung der selbstbewußten und für präsidiale Machtspiele („Krieg an der Spitze“) nicht disponiblen UD-Elite (Mazowiecki, Geremek u. a.). Damals scheiterte er am Widerstand einer gegen präsidiale Ambitionen einigen Allianz der „Solidarność“-Nachfolgeparteien. Jetzt wurde ihm derselbe Pawlak als Exponent einer ganz anderen politischen Konstellation vor die Nase gesetzt.

Für die Wahlentscheidung der Bürger spielten die weltanschaulichen Fragen, die mit dem komplizierten Prozeß der Selbstbestimmung der Rolle und des Platzes von Kirche und

Religion im demokratischen Staat verknüpft sind, *nur eine untergeordnete Rolle*.

In der jüngsten Zeit hatten diejenigen Parteien eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung (die Kabinette von Bielecki, Olszewski und Suchocka) und parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung inne, die eine besondere Nähe zur katholischen Kirche für sich beanspruchten oder sich als Verteidiger christlicher Werte profilierten und die Kirche für ihre Parteiinteressen zu instrumentalisieren suchten. Das hatte zusammen mit einer verfehlten „Politik“ von Teilen des Episkopats und des niederen Klerus zu dem Mißverständnis geführt, Polen sei auf dem Wege zum Glaubensstaat, und die katholische Bevölkerung betrachte das Treiben der „christlichen“ Parteien mit Wohlgefallen. Kirchenkritische Kräfte in Polen warnten fast hysterisch vor den Gefährdungen der neuen Freiheiten durch einen angeblich aggressiven Klerikalismus und mediale Omnipräsenz des Kirchlichen. Psychologisch verständlich war das Verhalten nur als Abnabelungsprozeß von der als übermächtig empfundenen „Mutter Kirche“ und ihren Bevormundungsversuchen.

Zurückhaltung der katholischen Kirche

Nicht zu Unrecht warf der bekannte Soziologe *Edmund Wnuk-Lipiński* in der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ (die bei den katholischen Fundamentalisten und „Patrioten“ wegen ihres dialogischen und offenen Stils in Ungnade gefallen ist) den politischen Eliten im Westen vor, daß sie die Situation in Polen durch das Prisma von Stereotypen und oberflächlichen Journalistenmeldungen oder Botenschaftsberichten betrachtet hätten. In der Vereinfachung habe das Polenbild dann folgendermaßen ausgesehen: Polen ist traditionell katholisch, national und konservativ, daher ist die Möglichkeit der Rückkehr von postkommunistischen Gruppierungen durch freie Wahlen so verschwindend gering, daß man ihr in politischen Kalkulationen keine Beachtung schenken muß... (T. P., Nr. 41/10. 10. 1993).

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Phänomen Katholizismus in Polen einer differenzierten Betrachtung bedarf und nicht mit innerer religiöser Bindung, stabiler Wertorientierung vor allem aber nicht mit politischem Klerikalismus gleichgesetzt werden darf. Daher waren die Wähler bei der Gewichtung ihrer Entscheidungskriterien nicht positiv für „weiche“ Themen wie „christliche Werte“ zu gewinnen, die von den „katholischen“ Parteien bei Vernachlässigung überzeugender programmatischer Aussagen zu den „harten“ Themen (Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik) in den Vordergrund ihres Wahlkampfes gestellt wurden. Schließlich ging es den Hauptmatadoren dieser Parteien auch weniger um ethische Prinzipien als um moralische Diskreditierung und Demontage der Regierungsparteien. Den Politikern von UD und KLD wurde Kumpanei mit den Postkommunisten, Mißwirtschaft, Korruption und Diebstahl am Volkseigentum vorgeworfen. Die politische Linke verloren die nationalen und „ka-

tholischen“ Parteien aus den Augen. Praktisch bagatellisierten sie mit ihrem Frontalangriff auf die politische Mitte gegen ihren Willen, aber leichtfertig die kommunistische Herrschaft der Vergangenheit.

Andererseits stand das Thema Antiklerikalismus nicht im Mittelpunkt der Entscheidung gegen diese Parteien und zugunsten der Linken und der Bauernpartei, deren christlich-demokratisch orientierter Flügel übrigens durch Aufnahme des politisch schillernden katholischen Publizisten *Andrzej Micewski* gestärkt werden sollte. Allein für die Entscheidung zugunsten der „Arbeitsunion“ (UP) mag deren dezidiert Laizismus und Polemik gegen das neue Geburtenkontrollgesetz eine größere Rolle gespielt haben.

Nach übereinstimmenden Umfrageergebnissen der beiden großen Meinungsforschungsinstitute CBOS (*Gazeta Wyborcza*, 13. 10. 1993) und OBOP (22. 10. 1993) verdankten die Linke und die Bauernpartei ihren Sieg der U1 Zufriedenheit mit den demokratischen Regierungen seit 1989, nicht aber der Überzeugungskraft ihrer eigenen Programme und dem Wunsch nach Rückkehr zum alten System. Die Meinung, daß der Einfluß der katholischen Kirche auf das politische Leben zu groß sei, hielten weniger als 20 Prozent der Befragten für wahlentscheidend, obwohl nach älteren Umfragen mehr als 60 Prozent diesen Einfluß tatsächlich für zu groß halten.

Die katholische Kirche selbst, insbesondere der Episkopat hatte aus den Fehlern in den vorhergehenden Wahlkämpfen (Präsidentenwahlen 1990, Parlamentswahlen 1991) und in innenpolitischen Streitfragen (Wertediskussion in Verbindung mit „katholischen Parteien“) die Konsequenzen gezogen und sich demonstrativ zurückgehalten. Autorisierte Wahlempfehlungen gab es diesmal nicht. Der mißglückte Versuch des Danziger Bischofs *Gołowski* nach der Auflösung des Parlaments, in seinem Hause eine Koalition katholischer Mitte-Rechts-Parteien schmieden zu lassen, hatte bereits für Irritationen gesorgt.

Da die katholische Kirche nicht öffentlich einer politischen Partei ihre Sympathie bekundet hatte, mußte sie sich nach den Wahlen auch nicht unmittelbar als Mitverlierer fühlen, wie es 1991 der Fall war, als die für Katholiken wählbar genannten Parteien nur ungefähr 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die Kirche distanzierte sich auffallend ausdrücklich vom aktuellen politischen Geschehen, und der Sekretär des Episkopats, Bischof *Tadeusz Pieronek*, sagte nur kurz: „Parteien haben verloren, das ist ihr Problem“ (zit. n. *Cezary Gawryś*, *Kościół po zwycięstwie lewicy / Die Kirche nach dem Sieg der Linken*, in: *Rzeczpospolita*, 25.-26. 9. 1993).

Im Kommuniqué der 264. Sitzung der Bischofskonferenz heißt es dazu: „Das Ergebnis dieser Wahlen kann man nicht in den Kategorien von Sieg oder Niederlage begreifen; sind sie doch Ausdruck des Willens des Teils der Gesellschaft, der seinen Willen in einer allgemeinen Abstimmung ausgedrückt hat“ (*Rzeczpospolita*, 16./17. 10. 1993). Die Schelte galt in dem Kommuniqué vor allem den Nichtwählern. Die Bischöfe ge-

ben sich zuversichtlich und erwarten nach Aussagen von Bischof Pieronek von der neuen Regierung keine Schwierigkeiten beim Ratifikationsverfahren zum Konkordat.

Wie geht es jetzt weiter?

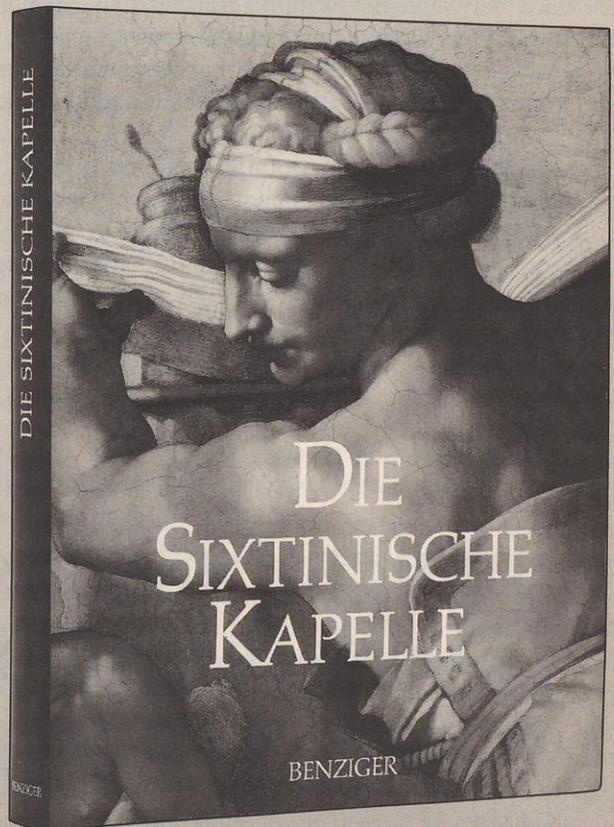
Das weitere politische Schicksal des unterschriebenen Konkordats (vgl. HK, September 1993, 44) zieht die allgemeine Frage nach der Zukunft des Verhältnisses zwischen Kirche und Politik nach sich – und die Frage: Wie geht es weiter in Polen mit einer Regierung, deren tragende Parteien ihre Wurzeln im alten System haben?

Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse wußten die Politiker der siegreichen Parteien, insbesondere der SLD, das In- und Ausland zu beruhigen: Es werde keine Rückkehr in die Vergangenheit, keinen Bruch mit der bisherigen Generallinie der polnischen Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik geben. Wie sich diese Betonung der Kontinuität mit den Wahlversprechungen von SLD und PSL und den Erwartungen ihrer jeweiligen Klientel verbinden soll, bleibt der politischen Kunst ihrer Vertreter vorbehalten. Enttäuschungen sind abzusehen.

Das Leitmotiv des politischen Handelns bei den neuen Spitzenpolitikern der postkommunistischen Sozialdemokratie um das neue Schwergewicht der polnischen Politik, dem 39jährigen smarten *Aleksander Kwaśniewski* (Vorsitzender der SdRP) und dem auch von den politischen Gegnern respektierten „Chefideologen“ *Józef Oleksy* (Sejm-Marschall) ist die vollständige Integration in die seit 1989 geschaffene demokratische Ordnung. Dafür lohnt es sich, Opfer zu bringen. So verzichtete Kwaśniewski auf das Amt des Ministerpräsidenten zugunsten des kleineren Koalitionspartners und sicherte im Gegenzug der SLD die Federführung in der Wirtschafts-, Finanz- und Privatisierungspolitik – was zur Erleichterung der Marktwirtschaftler in Polen und des IWF führte. Den Vorsitz des prestigeträchtigen Auswärtigen Ausschusses des Sejm bot Kwaśniewski gegen den ausdrücklichen Wunsch der PSL dem UD-Fraktionsvorsitzenden *Bronisław Geremek* an, in Erfüllung einer zuvor gemachten Zusage für den Fall, daß die größte Oppositionspartei Oleksy als Kandidaten der stärksten Fraktion mit zum Parlamentspräsidenten wählt.

Die Spekulationen über ein Regierungsbündnis der SLD mit der UD nach einem nicht ausgeschlossenen Scheitern der SLD/PSL-Koalition wollen nicht verstummen. Allerdings wüßte dies dann auch der machtbewußte Premier Pawlak, der sich nicht so schnell in die Ecke drängen lassen würde, in der Kwaśniewski ihn womöglich gerne sähe, nämlich in der des unberechenbaren Querulanten, der mit seinen Bauern ein vernünftiges Regieren unmöglich macht. In der UD könnte dies zu einem Bruch zwischen den konservativeren Christdemokraten (Mazowiecki, Suchocka, Rokita, Syryjczyk) und den Sozialliberalen (Frasyniuk, Kuratowska) führen.

*Jahrhunderte lagen sie im Dunkeln -
jetzt erstrahlen sie in neuem Licht:
die Farben Michelangelos!*



Jetzt:
DM/sFr. 198,-

öS 1550,-
ab 1.1.1994:
DM/sFr. 248,-
öS 1935,-

Die Sixtinische Kapelle

Aus dem Italienischen von Enrico Heinemann
272 Seiten mit über
300 Farbabbildungen
Gebunden im
Schmuckschuber

*Der einzigartige Bildband über
eines der berühmtesten Kunstwerke
der Welt.*

BENZIGER

Aber so weit ist es noch nicht. Die ersten sach- und personalpolitischen Entscheidungen weisen darauf hin, daß die neue Regierung die beruhigenden Ankündigungen aus den ersten Tagen nach der Septemberwahl wahr macht und einen bedächtigen politischen Kurs einschlägt. Gegenwärtig sucht sie *keine unnötige Konfrontation*, nicht mit der parlamentarischen Opposition, nicht mit dem Präsidenten und auch nicht mit der katholischen Kirche. Die notwendigen Entscheidungen bezüglich der Verwaltungsreform, des Konkordats, der Abtreibungsgesetzgebung, der immer noch nicht verabschiedeten Verfassung und der Rolle des Präsidenten in ihr stehen noch bevor. Sie bergen genügend Sprengstoff für die Koalition und Konfliktstoff für das Verhältnis der Verfassungsorgane zueinander.

Für die Stabilität der Demokratie in Polen wäre viel, wenn nicht alles gewonnen, würde die Nachfolgepartei der Kommunisten dazu verurteilt, den Reformkurs der demokratischen Regierungen der letzten vier Jahre fortzuführen und sogar zu stabilisieren, um auch dem letzten, der es bisher nicht wissen wollte, klar zu machen, daß es keinen Weg zurück gibt. Ein eindrucksvolles Beispiel, daß die postkommunistischen Sozialdemokraten die historische Lektion wirklich gelernt haben könnten, war die Entschuldigung, die der SdRP-Vorsitzende Kwaśniewski Anfang November im Sejm vorbrachte. Er bat „alle jene um Verzeihung, die bis 1989 Unrecht und Elend durch die Staatsgewalt und das System erdulden mußten“ (FAZ, 11. 11. 1993). – *Bereitet sich da einer auf größeres vor?*
Honni soit qui mal y pense.
Dieter Bingen

„In den Entwicklungsländern steht Deutschland nicht am Pranger“

Ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ,
 Hans-Peter Repnik

Vor dem Hintergrund eines mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes grundlegend veränderten politischen Umfelds hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Konzeption neu akzentuiert. Kern dieser Konzeption ist einmal die Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit auf die Schwerpunkte Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung, zum anderen die Festschreibung von Kriterien für die Vergabe von Entwicklungshilfe. Über die Neuorientierung, deren Chancen und Schwierigkeiten sprachen wir mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMZ, Hans-Peter Repnik. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Staatssekretär Repnik, in dem zu Beginn des Jahres vom Bundeskabinett beschlossenen „Neunten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ wird ein neues Rahmenkonzept der deutschen staatlichen Entwicklungshilfe vorgestellt. Was hat zu dieser Neuorientierung geführt, sie notwendig gemacht?

Repnik: Der Denk- und Bilanzierungsprozeß, ob das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands nicht neuer Grundlagen bzw. neuer Perspektiven bedürfe, hat bereits in den achtziger Jahren begonnen und wurde im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 1989 intensiviert. Im übrigen wurden ähnliche Überlegungen auch bei den meisten großen Geberländern und multilateralen Organisationen angestellt. Die Bilanz der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit läßt sich mit einigen Schlagworten skizzieren: Einmal waren Projektkonzeptionen oft zu groß dimensioniert. Zum anderen wurden Projekte meist

„von oben verordnet“, und es fehlte ihnen daher an der entsprechenden Nachhaltigkeit. Oft blieben Ansätze auch punktuell und waren zu wenig in die nationalen Gegebenheiten eingebunden.

HK: Wie lassen sich solche Fehler künftig vermeiden?

Repnik: Das Wichtigste ist, daß sich die Bevölkerung vor Ort mit den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit identifizieren kann, daß sie an der Planung und Durchführung beteiligt wird. Entwicklungsvorhaben dürfen von den Betroffenen nicht als willkürlich oder als von oben verordnet erlebt werden. Hierzu zählt auch, daß Entscheidungsbefugnisse dezentralisiert werden müssen.

HK: In ihren Berichten betonen die Entwicklungsorganisation der UNO ebenso wie die Weltbank die fatalen Folgen, die abgeschottete Märkte in den Industrieländern auf die Entwicklungsländer haben. Kann sich das BMZ in diesem Punkt